

Wahrscheinlichkeit sein, den die Erbprognose geben kann“ (S. 45). Der von Muckermann gezogene Vergleich mit dem Syphilitiker, der einen andern Menschen ansteckt, scheint allerdings nicht hierher zu gehören.

Der Katholik muß gewiß gerade in unsren Tagen bemüht sein, Ehen zwischen Erbkranken bzw. Erbkranken und Gesunden zu verhüten. Abbraten, Gesundheitszeugnisse verlangen, einwandfreie Eheberatungsstellen einrichten, zur Ehe ungeeignete Menschen in Anstalten aufnehmen, das alles sind gewiß Maßnahmen, die nach der Enzyklika „der Vernunft keineswegs widersprechen“. Auch Muckermanns wiederholte Mahnung, die Fürsorge für die Erbkranken in den Anstalten der Leistungsfähigkeit eines verarmten Volkes anzupassen, damit nicht schließlich bei den Erbgesunden die bare Unmöglichkeit eintritt, weiterhin zu helfen, ist wohl beachtenswert. Ein besonderes Maß persönlicher Güte werden wir dagegen den Minderwertigen niemals versagen. Und schließlich möge man auch nicht übersehen, daß die Betätigung der Erbkranken innerhalb der Grenzen ihrer Fähigkeiten wirtschaftlich gestaltet werden muß, „ein Prinzip, das schon längst in Anstalten wie Bethel und Ursberg verwirklicht wurde. Es ist erstaunlich, wie viele wirtschaftliche Mittel durch die erblich Belasteten selbst für die eigene Erhaltung und Pflege aufgebracht werden, so daß von solchen Anstalten die früheren Angaben über den großen Kostenaufwand der erblich Belasteten erst recht keine Geltung haben“ (Eugenik 116).

Kulturbericht

Von Jakob Overmans S. J.

I.

Eine der ergreifendsten Huldigungen, die jemals ein Staatsoberhaupt dem eucharistischen Gotte dargebracht hat, sah am 14. Oktober 1934 in Buenos Aires der in sonnigem Frühlingsgrün prangende Palermopark bei der Schlußfeier des 32. Eucharistischen Weltkongresses. Kirchenfürsten, Priester und Laien aus allen Ländern füllten den ungeheuern Raum und schauten auf das leuchtende Riesenkreuz, vor dem auf hohem Altare die Monstranz mit dem Allerheiligsten stand. Als das von Kardinal Pacelli, dem Päpstlichen Legaten, angestimmte Te Deum verkündungen war, erhob sich aus der Mitte eines glänzenden Gefolges von Würdenträgern der Staatsverwaltung, des Heeres und der Flotte der Präsident der Argentinischen Republik, General Agustín P. Justo, und sprach im Namen seines Landes laut ein feierliches Gebet. Für Ton und Inhalt des Textes, der in einer Doppelnummer der argentinischen Monatschrift „Estudios“ (November/Dezember 1934, S. 442 ff.) genau wiedergegeben ist, sind besonders folgende Sätze bezeichnend: „Herr der Welt, Gott der Staaten und der Völker, der Großen und der Kleinen! Du bist das himmlische Licht, das den Menschen durch das bange Dunkel des Lebens führt. Gott des Evangeliums, der die jubelnde Hoffnung der Natur in jedem Frühling weckt und die Hoffnung der Menschheit in jedem Kinde! Gott der Vergebung, der Barmherzigkeit und der Liebe... Höre, o Herr, das

Gebet eines deiner ärmsten Söhne, den seine Mitbürger an ihre Spitze gestellt haben, damit er ihre Geschicke einen Augenblick der endlos langen Zeit lenke, durch die nach deinem Schöpferwillen die Welten rollen... Als er schwur, seinem Volke gerecht und standhaft zu dienen, hat er dich angerufen, und nun kommt er mit seinem Volke, um dir öffentlich, aufrichtig und feierlich seine Dankbarkeit, seinen Glauben und seine Liebe zu bekunden.... Das Herz voll Zuversicht, nahen wir dir, o Herr, und flehen: Hilf, daß wir alle besser, edler, treuer werden, und daß jeder Mensch uns Bruder sei!... Laß deinen Frieden jedes Herz beglücken, jede Familie, das ganze Land und das durch deine Gnade gläubig gebliebene Amerika, aber auch die gesamte Menschheit, die deines Friedens so sehr bedürftig ist und die, wo sie den Weg deiner göttlichen Wahrheit verlassen hat, so schwer leidet!"

Als schrille Mißklänge tönen in diese Sprache des Glaubens staatliche Erlasses aus dem nördlichsten der Länder Lateinamerikas. Die über die mexikanische Kirchenverfolgung besonders gut unterrichtete Neuyorker Wochenschrift „America“ meldete (1. Dezember 1934, S. 169), nordamerikanische Besucher des Eucharistischen Kongresses in Buenos Aires hätten deutlich „eine gewisse Kühle“ gegenüber den Vereinigten Staaten wegen ihrer „Einmischung in Mexiko“ bemerkt. Tatsächlich sei es eine verderbliche Einmischung, wenn der nordamerikanische Botschafter den Mexikanern sage, „er und wohl auch seine Regierung ständen geschlossen hinter General Calles“. Die letzten 15 Jahre seien ein erdrückender Beweis für die Verkehrtheit dieser Politik: sie habe den radikalsten Führern der mexikanischen Revolution zu Macht und Reichtum verholfen und dadurch „Mexiko zu einem Seuchenherd für den ganzen Erdteil gemacht“. Dieselben Anklagen erhebt in flammenden Worten eine Kundgebung des in Kalifornien lebenden Bischofs Manriquez y Zarate von Huejutla („Tercer mensaje al mundo civilizado“, Los Angeles 1934). Calles sei jetzt der reichste aller mexikanischen Machthaber, und die von ihm geführte „Nationalrevolutionäre Partei“ beherrsche die gesamte Beamtenschaft „vom Präsidenten der Republik bis zum letzten Türhüter“ (4). Ihr Grundgedanke sei gottloser Kommunismus, und Calles habe öffentlich erklärt: „Arglistig behaupten die Reaktionäre und die Klerikalen, die Jugend gehöre der Familie; das ist eine egoistische Lehre; denn die Jugend gehört der Gemeinschaft, und die Revolution hat die unbedingte Pflicht, sich der Gewissen zu bemächtigen, die Vorurteile auszurotten und die neue Nationalseele zu schaffen“ (7). Die Folge war ein so barbarisches Vorgehen gegen Gotteshäuser, Priester und kirchliche Unterrichtsanstalten, daß die Mitte November 1934 in Washington versammelten Bischöfe der Vereinigten Staaten in einer gemeinsamen Erklärung nicht nur um der katholischen Sache willen, sondern weil es hier um die Ehre der Menschheit gehe, „Achtung vor den Grundrechten der Gewissensfreiheit“ forderten. Die rohe Tyrannei der Revolutionäre erscheint doppelt verwerflich, wenn man liest, daß sie nach genauen, an Ort und Stelle durchgeföhrten Untersuchungen des Professors Halperin von der Universität Oklahoma nur geringe Teile der Bevölkerung hinter sich haben („The Catholic World“, Dezember 1934,

S. 358). Wer die mexikanischen Wahlmethoden kennt, weiß, daß die Veröffentlichung einer für die revolutionäre Regierung günstigen Stimmenzahl durchaus keinen Schluß auf den wirklichen Volkswillen zuläßt.

Für die auch in Europa noch nicht überflüssig gewordene Klärung der Begriffe vom Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und der weltlichen Kultur ist der zweite Band der „Papstgeschichte der neuesten Zeit“ von Josef Schmidlin (München 1934, Kösel) besonders lehrreich. Eine so stoffreiche Schilderung des gegenwartsnahen Wirkens der Päpste Pius IX. und Leo XIII. hatten wir noch nicht. Allerdings mußte Schmidlin sich weit überwiegend auf bereits gedruckte Quellen stützen, aber nach seiner Ansicht (IX) tritt ihnen gegenüber der Wert der noch nicht gedruckten sehr zurück. Die bei Schmidlin immer in dichten Schwärmen auftretenden Anmerkungen machen es dem geschulten Leser nicht allzu schwer, sich auch selber ein Urteil über die zwei in vielem gegensätzlichen Päpste zu bilden. Schmidlin faßt ihre Eigenart in die Worte (S. 589): „Vorab Gregor XVI. und Pius IX. hatten in unerbittlichem Kampf gegen Revolution und Liberalismus ohne Waffenstillstand und Nachgiebigkeit durch ihre theoretischen Erlasse wie im kirchenpolitischen Ringen die unveränderlichen Güter und Prinzipien der Kirche und des Dogmas betont und gerettet, darüber hinaus aber auch die kirchlichen Freiheits- und Friedensbestrebungen stets eingedämmt und niedergehalten. So sehr Leo XIII. in dogmatischen und religiösen Dingen ihre Erbschaft antrat und ihre Tradition ritterlich verfocht, hat er doch als echt moderner Papst allem Guten in der menschlichen Zivilisation den Ölzweig dargebracht und ihre Vorzüge seiner Institution einverleibt... Was der Friedenspapst sogar in manchem überspannte und daher ein nachfolgender Umschlag wieder einrenken mußte, das ist die Gewinnung der Moderne für Kirche und Tiara“.

Die zwischen Kirche und Welt ohne Preisgabe von Grundsätzen vermittelnde Geisteshaltung Leos hat sich namentlich den deutschen Katholiken tief eingeprägt, und daher ist es nicht zu verwundern, daß sie noch in der Lösung saarländischer Gewissensbedenken bei der Abstimmung zum Ausdruck kam. Die „Saarbrücker Landeszeitung“, ein altverdientes Zentrumsblatt, gab im November 1934 zum Gedenken ihres fünfzigjährigen Bestehens eine Sondernummer von 112 Seiten heraus, in der (S. 99) der Landesleiter der „Deutschen Front“ dem Blatte seine Anerkennung dafür aussprach, daß es sich „entschieden und eindrucksvoll“ in den Dienst der deutschen Sache gestellt habe. Sowohl der Hauptschriftleiter Wilhelm Gries (S. 2) wie der Saarbrücker Schulrat Faßbinder (S. 4) sprachen offen von den religiösen Bedenken vieler Saarkatholiken wegen der kirchenpolitischen Lage im neuen Deutschland, aber beide entschieden sich trotzdem für die „Deutsche Front“, nicht aus dem falschen Grundsatz, daß eine nationale Frage ohne Rücksicht auf die Religion zu entscheiden sei, sondern weil sie überzeugt waren, daß die Saarländer bei jeder andern Entscheidung in Gefahr kämen, ihr deutsches Vaterland auf immer zu verlieren, während die kirchlichen Schwierigkeiten im Deutschen Reiche nicht von Dauer sein könnten. Daher müsse es das Verlangen der Saarkatho-

lichen sein, an der Verwirklichung des von der deutschen Regierung versprochenen Kirchenfriedens vollberechtigt in den Reihen ihrer deutschen Glaubensgenossen mitzuarbeiten: „Ihre Sorgen seien auch unsere Sorgen, ihr Kampf sei auch unser Kampf, ihre Opfer seien auch unsere Opfer. Aber auch ihr Bemühen um Frieden und Versöhnung, um eine gerechte Ordnung der Dinge zwischen Kirche und Staat sei auch von unsren Kräften getragen und gestützt.“

Ebenso begegnen sich katholische und nationalsozialistische Wünsche in einer Antwort des Rassenpolitischen Amtes für den Gau Sachsen auf den Versuch einer Arbeiterzeitschrift, die uneheliche Mutterschaft durch den Rassegedanken zu rechtfertigen. Das Rassenpolitische Amt erklärte mit rühmlicher Entschiedenheit („Berliner Tageblatt“ Nr. 534, 11. November 1934): „Wer die Ehe und Familie als rückständige Bestandteile einer liberalistischen Zeit hinstellt, hat entweder den nationalsozialistischen Rassegedanken nicht begriffen oder begeht bewußt Verrat an den heiligsten Gütern unseres Volkes. Die Ehe und die Familie sind die durch Jahrtausende alte blutmäßige Überlieferung geheiligen Wachstums- und Kraftzellen unserer Rasse und unserer Kultur.... Es ist bewußt oder unbewußt eine Fortsetzung liberalistischer ‚Bevölkerungspolitik‘, wenn heute unter der Firma ‚Züchtung arischer Menschen‘ oder ‚nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik‘ wieder gegen die Familie Sturm gelau- fen wird. Mit der erdrückenden Mehrzahl der unehelichen Kinder von heute kann man keine ‚verseuchte Rasse veredeln‘.“ Der in dieser Antwort gemäß der „Frankfurter Zeitung“ (25. Dezember 1934, Reichsausgabe) ebenfalls enthaltenen Bemerkung, die Zeit solle vorüber sein, wo man einem Mädchen, das „aus der Sehnsucht heraus, Mutter eines Kindes von einem geliebten Manne zu werden“, uneheliche Mutter geworden sei, „auch nur einen sittlichen Vorwurf“ mache, kann eine katholische Zeitschrift natürlich nicht zustimmen. Die Tat bleibt unsittlich, aber unmenschliche Härte gegen die Täterin ist immer zu verurteilen.

Bekanntlich setzt sich keine irdische Macht mit größerem Ernste für die Heilighaltung der Familie unter allen Umständen ein als die katholische Kirche. Je freier sich daher ihr Einfluß namentlich auf die Jugend auswirken kann, um so günstiger entwickeln sich die Voraussetzungen zur Läuterung und Festigung des deutschen Ehelebens, und auch unter diesem Gesichtspunkte ist die katholische Stellung zur Hitlerjugend sehr gut zu verstehen. Naturgemäß mußte es schwer sein, einem Jugendverband, der im Jahre 1933 von 150 000 Mitgliedern auf 6 Millionen anschwoll, überall ebenso rasch, wie es die oberste Führung öffentlich mehrmals verlangte, mit praktischer Achtung vor den religiösen Überzeugungen und Pflichten aller Mitglieder zu erfüllen, zumal wenn man bedenkt, daß Tausende zwischen 15 und 20 Jahren stehender Jungführer nur drei Wochen in der Führerschule zubringen konnten. Von einer Journalistenfahrt durch rheinische Führerschulen schrieb ein Vertreter der „Germania“ (Nr. 290, 20. Oktober 1934), auch das weltanschauliche Lehrpersonal sei jung. Rosenbergs „Mythus des zwanzigsten Jahrhunderts“ gehöre, so habe man versichert, „nicht zum offiziellen Schulungsmaterial“. Auf dem Heim-

abend habe der Schulleiter erklärt, „es stehe zu erwarten, daß Rosenberg in Zukunft noch eine viel größere Rolle als jetzt in den Weltanschauungsfragen und überhaupt im Erziehungswesen spielen werde“. Der sonntägliche Kirchgang stehe der Jugend frei, aber sie werde dazu nicht angehalten, worin „jeder katholische Seelsorger ein Problem sehen“ werde. Dieses Problem faßte Bischof Dr. Sproll von Rottenburg bei einer Kundgebung der katholischen Jugend Stuttgarts in die Worte: „Die Religion ist uns der alles durchdringende Sauerteig, nicht bloß ein Zusatz zu einem rein völkischen, religions- und konfessionslosen politischen Unterbau“ („Junge Front“, Nr. 49, 9. Dezember 1934). Und bei einem ähnlichen Anlaß erklärte der Trierer Bischof Dr. Bornewasser: „Am 5. November wurde in Berlin gesagt: „Der Weg Rosenbergs ist der Weg der deutschen Jugend.“ Wenn das Wort Wahrheit wird, dann, deutsche Jugend, deutsches Volk, nimmt man dir das Beste, was du hast, was dich groß gemacht hat, deinen Gottesglauben, dein Christentum, deine christliche Zucht und Sitte“ („Kölnische Volkszeitung“ Nr. 326, 28. November 1934). Anderseits meldete dieselbe Zeitung bald darauf (Nr. 330, 2. Dezember 1934), mehrere Gebietsführer der Hitlerjugend hätten in den letzten Tagen festgestellt, „daß für Auseinandersetzungen religiöser Art in der Hitlerjugend kein Platz sei“, und „mit Nachdruck betont, daß jedem Hitlerjungen nach wie vor Gelegenheit gegeben werden müsse, seinen kirchlichen Verpflichtungen und Wünschen nachzukommen“.

Freilich sind für die seelsorgliche Betreuung der katholischen Jugend längst nicht überall die äußern Umstände günstig. Schwierigkeiten eigener Art sind z. B. in Arbeitslagern und Landheimen zu überwinden. Deshalb ist, wie die „Rhein-Mainische Volkszeitung“ (Nr. 238, 12. Dezember 1934) mitteilte, in Berlin unter dem Vorsitze des dortigen Bischofs auf Beschuß der Fuldaer Gesamtkonferenz der deutschen Bischöfe eine Zentrale für außerordentliche Seelsorge in Arbeitsdienstlagern, unter den Landhelfern und im Landjahr gegründet worden. Da diese Seelsorge meist in Diasporagegenden und in großer Entfernung von katholischen Kirchen ausgeübt werden muß, so ist sie ohne besondern Kostenaufwand nicht möglich. Staatliche Geldmittel stehen nicht zur Verfügung, und so wendet sich der Bischof von Berlin um Hilfe für die notwendige Betreuung dieser in andersgläubiger Umgebung religiös gefährdeten Katholiken an die private Opferbereitschaft.

Gewiß kann die friedliche Zusammenarbeit des gesamten Staatsvolkes durch solche Pflege des religiösen Pflichtbewußtseins nur gewinnen, wie es auch sehr zur Beruhigung beigetragen hat, daß gegen studentische Bestrebungen, das Duell zu einer wesentlichen Forderung nationalsozialistischer Gesinnung zu machen, der Reichserziehungsminister in seiner Antwort auf ein Schreiben des „Verbandes alter Wingolfer“ erklärte: „Es ist nicht beabsichtigt, in der Genugtuungsfrage vonseiten des Staates einen Zwang auszuüben. Die Entscheidung soll weiterhin der freien Entschließung eines jeden Studenten überlassen bleiben“ („Frankfurter Zeitung“, 11. Oktober 1934, Reichsausgabe).

Und dieselbe Achtung vor ehrlicher Überzeugung ebnet den Weg zu

friedlicher Verständigung mit den durch Geschick und Willen in Deutschland verwurzelten Juden. In der Sammelschrift „Wille und Weg des deutschen Judentums“ (Berlin 1934, Vortrupp-Verlag) wird zugegeben (S. 3), daß es in Deutschland Juden gibt, die sich entweder an das Judentum oder, wie die Zionisten, an das Deutschtum nicht zwingend gebunden fühlen. Aber die Gruppen der großen Mehrheit — der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, der Bund deutsch-jüdischer Jugend, der Vortrupp — stehen, jede in irgendwie eigener Betonung, alle zu dem gemeinsamen Bekenntnis, durch geschichtlich gewordene Teilnahme an deutschem Leben „seins- und bewußtseinsmäßig Deutsche zu sein“ (S. 55), die Spannung, sich zugleich als Juden und als Deutsche zu fühlen, nach Gottes Willen durchzuhalten (S. 51) und darum auf dem Boden Deutschlands, auf den sie durch „Geburt, Erziehung und Bekenntnis“ gestellt sind, eine „deutsch-jüdische Eigenständigkeit“ von „geistig-religiösem“ Gepräge aufzubauen (S. 18 f.). Daß dieser innern Begegnung zwischen Deutschtum und Judentum eine noch mehr vertiefte Begegnung zwischen Christentum und Judentum entspreche, ist das Ziel der neuen, im Auftrage des „Pauluswerkes“ von Kaplan Österreicher herausgegebenen Zeitschrift „Die Erfüllung“ (Wien, Reinhold), die Kardinal Innitzer mit den Worten einleitet, sie sei berufen, „die religiöse Schau des jüdischen Seins Juden und Christen zu vermitteln“ und dadurch „Mauern niederzulegen, die Menschen durch Unwissenheit und Zwietracht, durch Irrtum und Schuld aufgerichtet haben.“

Es gibt überhaupt keine menschlichen Gegensätze, zu deren Versöhnung die Religion nicht wesentlich beitragen könnte. Selbst ein dem kirchenfeindlichen Laiengeist so weithin verfallener Staat wie das republikanische Frankreich hat seit mehr als hundert Jahren katholische Ordensschwestern als Wächterinnen in Frauengefängnissen an der Wiedergewinnung der Sträflinge für die soziale Ordnung arbeiten lassen. Je Anne Ancelet Hustache, die in ihrem aus ersten Quellen schöpfenden Buche „Les Soeurs des Prisons“ (Paris 1934, Grasset) die Geschichte der eigens zu diesem Zwecke gegründeten klösterlichen Genossenschaft geschrieben hat, sagt, alles in allem genommen, mit Recht (S. 308): „Weltliche Aufseherinnen sind im allgemeinen durchaus würdige Beamtinnen, aber so hoch sie stehen mögen, eine Seelenhaltung, wie sie das Ordensleben verlangt und entwickelt, kann man schwerlich von ihnen verlangen. Naturgemäß wollen sie durch ihre Arbeit zunächst ihren Lebensunterhalt gewinnen, vielleicht wird ihnen ihre unangenehme Tätigkeit schließlich sogar lieb, aber sie haben ihren Mann und ihre Kinder, und vielleicht nimmt sie neben der Familie noch anderes in Anspruch. Jedenfalls wird, abgesehen von einer besondern Gnade, kaum eine Frau den gebieterischen Beruf in sich fühlen, gerade Gefangenenaufseherin zu werden. Dagegen haben die Klosterschwestern von Maria-Joseph auf alle Freuden der Welt verzichtet, weil keine andere Tätigkeit ihnen verlockender und schöner vorkam.“ Allerdings sind unter dem Druck der französischen Bestrebungen zur Verweltlichung des öffentlichen Lebens die Schwestern aus zahlreichen Gefängnissen der Provinzstädte entfernt worden, aber in Paris

sind sie bis heute geblieben. Die Einengung des Verbreitungsgebietes hat naturgemäß zu einer Verminderung des Nachwuchses geführt, so daß es Schwestern gibt, die mit 75, 80, 82 Jahren noch Dienst tun (S. 309 f.). Eine von ihnen, die der Staat in die Ehrenlegion aufgenommen hat, ist in dem alten Pariser Gefängnis Saint-Lazare, wo die Schwestern im dritten Stock bei nassem Wetter unter aufgespanntem Regenschirm schlafen mußten (S. 238), 61 Jahre lang tätig gewesen und wirkt nun in dem besser eingerichteten Gefängnis Petite-Roquette (S. 259 f.).

II.

Aus einer vom Internationalen Arbeitsamt in Genf Ende September 1934 aufgestellten Übersicht läßt sich schließen, daß die Weltarbeitslosigkeit im allgemeinen sinkt, aber in weniger und später betroffenen Ländern wie Portugal, Frankreich, Irland, Polen, Bulgarien dauernd steigt. Immerhin blieben auch in den Staaten mit zunehmender Beschäftigung die Arbeitslosenzahlen unerfreulich hoch: in Italien 866 570, in England 2,13 Millionen, in Deutschland 2,40 Millionen, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 10,77 Millionen. Gewiß ist die Aufwärtsbewegung nicht ganz einer natürlichen Wirtschaftsbelebung, sondern großenteils Arbeitsbeschaffungen durch die öffentliche Hand zuzuschreiben, aber auch das ist wirtschaftlich und ethisch ein wertvoller Fortschritt.

Trotzdem drückt die Not in Deutschland Arbeitende und Arbeitslose so schwer, daß Adolf Hitler bei der Eröffnung des Winterhilfswerkes betonte: „Leider sind es besonders die Mitglieder unserer gutschrittierten Gesellschaftsschichten, die kaum je einen Einblick erhalten in die Armut und in die Entbehrungen, von denen unzählige unserer Volksgenossen heimgesucht sind.... Ich finde es wenig rühmlich, wenn ein vermögender und in hohem Einkommen stehender Mann dasselbe gibt wie ein sich selbst kaum das tägliche Brot in genügendem Umfang verdienender. Ich halte im Gegenteil dafür, daß jeder einzelne in seinem Rahmen aber auch wirklich ein Opfer bringt, das ihm selbst als Opfer fühlbar wird“ („Frankfurter Zeitung“, 10. Oktober 1934, Reichsausgabe). Wie der „Völkische Beobachter“ (Nr. 354, 20. Dezember 1934) berichtete, waren in zwei Monaten an Geld und Waren rund hundert Millionen Mark aufgebracht; unter den bereits verteilten Gaben seien 13,5 Millionen Zentner Kartoffeln, und so habe „prozentual jeder Hilfsbedürftige über einen Zentner Kartoffeln empfangen“. Danach wäre ungefähr jeder fünfte Deutsche auf Unterstützung angewiesen, unter den mehr als 19 Jahre alten Deutschen wohl mindestens jeder vierte.

Über den infolge dieser Zustände nötig gewordenen Rettungsversuch durch Umstellung der deutschen Wirtschaft sagte Reichsackerbauminister Walther Darré vor den Offizieren der Reichsmarine in Wilhelmshaven und Kiel („Völkischer Beobachter“, Nr. 341, 7. Dezember 1934), zunächst gelte es, „unsere Ernährung und andere wichtige Lebensbedürfnisse aus dem eigenen Boden sicherzustellen“; der Schwerpunkt unserer Wirtschaft verlagere sich also auf „die Binnenwirtschaft, ganz besonders auf die Landwirtschaft“. Die grundsätzliche Abkehr vom bisherigen

Wege liege darin, daß die Bedürfnisse des Volkes früher von den Punkten aus befriedigt wurden, wo man am billigsten einkaufen konnte, und daß deutsche Waren dort verkauft wurden, wo man sie am besten bezahlte. Die Folge sei Abhängigkeit vom Auslande auch in dem gewesen, was wir selber herstellen konnten, und Zwang zu billigsten Preisen unserer eigenen Arbeit, da wir sonst weltwirtschaftlich nicht hätten verkaufen können. „Wir mußten schließlich einen Export zu Verlustpreisen aufrecht erhalten und durch zusätzliche Belastung des Binnenmarktes finanzieren, nur um unsere Lebensgrundlage und unser ganzes volkswirtschaftliches Gefüge aufrecht zu erhalten.“ Mit der neuen Wirtschaftspolitik „wollen wir die Freiheit und Unabhängigkeit gewinnen, unsere eigenen Erzeugnisse im Auslande bestmöglich verwerten zu können und mit ihnen all das aus dem Auslande zu kaufen, was uns am Notwendigen fehlt, darüber hinaus sogar noch all das, was wir zu unserer Bequemlichkeit oder zu unserem Behagen gebrauchen können — soweit das Ausland bereit ist, uns dafür unsere eigenen Erzeugnisse abzunehmen“. Wie einige Tage später die „Frankfurter Zeitung“ (11. Dezember 1934, Reichsausgabe) durch Vorabdruck eines Aufsatzes von Dr. Hjalmar Schacht unterstrich, ist auch der Reichsbankpräsident für Einfuhrbeschränkung. Die deutsche Handelsbilanz, erklärte Schacht, die vor dem Kriege dreißig Jahre lang passiv gewesen sei, müsse wegen der Not der Zeit aktiv gemacht werden, und das lasse sich nur durch Sparen erreichen. „Der Einwand, mit der Drosselung der Einfuhr gehe automatisch auch die Ausfuhr zurück, wäre richtig, wenn wir heute noch einen freien zwischenstaatlichen Verkehr hätten.“ Freilich müsse trotz der größten Schwierigkeiten die deutsche Auslandsverschuldung abgelöst werden. „Böswillige Zahlungsverweigerung“ wäre „gleichbedeutend mit einer völligen Abschließung“ Deutschlands von der Welt. „Daß aber eine hundertprozentige Autarkie alles andere als ein erstrebenswertes Ziel ist, darüber ist sich jeder verantwortungsbewußte Deutsche klar.“

Viel weitergehende Änderungen der Weltwirtschaft, sogar die völlige Preisgabe des Kapitalismus, hält bezeichnenderweise ein angesehener Vertreter der englischen Industrie für unerlässlich. Roy Glenday, als wirtschaftlicher Berater des „Federation of British Industries“ mit den Dingen umfassend vertraut, legt in seinem Buche „The Economic Consequences of Progress“ (London 1934) dar, die Wirtschaft müsse ihr bisheriges Ziel unbeschränkter Erweiterung und rascher Kapitalbildung aufgeben; denn die Fortschrittsgrenze sei nach dieser Richtung hin erreicht, und genau wie bei einem lebenden Organismus trete dann Stillstand des Wachstums ein. Das Menschenglück sei nun durch andere Mittel, hauptsächlich durch bessere Verteilung der Kulturgüter, anzustreben, so daß immer mehr Leute zur Lebensführung des Mittelstandes kämen und mit mäßigem Gewinn zufrieden sein müßten.

Daß ein mittlerer Besitz eine günstigere Voraussetzung für ein wahrhaft glückliches und edles Leben ist als großer Reichtum oder bittere Armut, gehört schon zur wirtschaftlichen Weisheit der Kirchenväterzeit. Nach philologisch und soziologisch den Einzelheiten nachgehenden Untersuchungen über den Einfluß des hl. Johannes

Chrysostomus auf die wirtschaftlichen Spannungen im jungen oströmischen Reiche kommt Angel Carillo de Albornoz S. J. in seinem Buche „San Juan Crisóstomo y su influencia social en el Imperio Bizantino del siglo IV“ (Madrid 1934, Coello) zu dem Ergebnis (171): „Freiheit für alle, geachtete und gut bezahlte Arbeit für alle, wirtschaftliche Leichtigkeit, ein anständiges Familienleben zu führen: das sind die Grundforderungen zur Wiederherstellung der Menschenwürde, wie sie dieser unermüdliche Vorkämpfer der Gleichheit aller Menschen aufgestellt hat, der doch vierzehn Jahrhunderte vor der berühmten ‚Erklärung der Menschenrechte‘ lebte.“ Aber wie weit ist es auch hier von der Erkenntnis zur Verwirklichung!

Sogar wo mit soviel Idealismus gerechnet werden kann wie in der Wirtschaftsführung der katholischen Heidenmissionen stößt der Ausgleich der Lasten und Vorteile oft auf große Schwierigkeiten. So schreibt Thomas Ohm O.S.B. in seinem lehrreichen Reisebericht „Südafrika und die katholische missionsärztliche Fürsorge“ (St. Ottilien 1934): „Nach der Lage der Dinge kann von den Apostolischen Vikaren und Präfekten je länger je weniger erwartet werden, daß sie das ganze missionsärztliche Werk in ihrem Gebiet unterhalten, daß sie insbesondere den Ärzten und Ärztinnen den Lebensunterhalt garantieren. Auf keinen Fall wird sich die ärztliche Mission in einem den Bedürfnissen entsprechenden Umfang entfalten, wenn die Missionsobern finanziell die Hauptlast zu tragen haben. Das missionsärztliche Werk muß sich selbst unterhalten. Und, wenn ich die Lage recht beurteile, es kann sich auch selbst bezahlt machen. Wo man allerdings den Farbigen und Schwarzen alles schenkt, wird man immer Zuschüsse brauchen. Wenn man aber die Eingeborenen entsprechend erzieht, wenn man sich von ihnen ebenso gut bezahlen läßt wie die einheimischen ‚Doktoren‘, wird man auch auf seine Kosten kommen oder sogar Überschüsse erzielen.“

Doch bemerkt P. Ohm ausdrücklich, daß an manchen Stellen immer Zuschüsse erforderlich sein werden, und weil das für andere Seiten des Missionswerkes und für die kirchliche Tätigkeit in Europa ebenfalls gilt, ist es erfreulich, zu vernehmen, daß trotz der Wirtschaftskrise die Aufbringung der Geldmittel für eine katholische Universität in Salzburg den Beteiligten durchaus nicht unmöglich scheint. In dem vom Universitätsverein herausgegebenen „Bericht über den akademischen Festakt vom 15. August 1934“ liest man, daß die Universität nach den Worten des österreichischen Bundespräsidenten Miklas „für den ganzen deutschen Kulturrbaum“ bestimmt ist, und daß der österreichische Ministerrat die der bestehenden staatlichen theologischen Fakultät zunächst anzugliedernde philosophische Fakultät bereits genehmigt hat (S. 11 f.). Ein Kapital, dessen Zinsen für den Betrieb genügen könnten, wird von keiner Seite erwartet, und so ist man hauptsächlich auf die Mitgliederbeiträge des Universitätsvereins und auf Sammlungen angewiesen. Über die Aussichten des Gelingens sagte der um die Werbung sehr verdiente Kanzleidirektor Dr. Pietsch (S. 19 f.): „Der schönste Beweis für die Möglichkeit zur finanziellen Fundierung ist der Opfersinn einfacher und armer

Leute, wie wir ihn hundertfach erfahren... Muß sich nicht mancher Reiche beschämt fühlen, wenn er hört, daß ein ganz einfacher Arbeiter auf dem Lande nach der Predigt seinem Kaplan von den Ersparnissen volle 100 Schilling für die katholische Universität in die Hand drückt? Wir haben in Oberösterreich in einem Orte des Salzkammergutes eine brave Frau, die ruhelos den opferreichen Bettelweg für uns geht und uns in einem Jahre an Mitgliedsbeiträgen und Spenden 400 Schilling zusammengebracht hat.“ Der Franziskaner Agostino Gemelli habe vor zwölf Jahren mit nur 50 000 Lire die Werbung für die katholische Universität in Mailand begonnen, und heute zähle diese Universität in ihrem mächtigen Gebäude 1700 Hörer und 80 gut bezahlte Professoren. Die Mittel bringe das katholische Volk Italiens auf; „ohne Grundkapital, ohne Staatszuschuß“ gingen jährlich fünf Millionen Lire ein, davon mehr als drei Millionen durch die Sammlungen am Universitätssonntag!

III.

Die Ursachen der barbarischen Revolution im nordspanischen Asturien schildert in der Monatschrift „Contemporánea“ (November 1934, S. 419 ff.) der mitten im Aufstandsgebiet lebende Dr. Martin Escobar, Professor an der Industrieschule in Gijón. Die revolutionären Massen waren teils kommunistisch, teils anarchistisch, teils sozialistisch gerichtet, weshalb je nach der Verbreitung dieser Parteien von Gebiet zu Gebiet eine verschiedene Form der proletarischen Republik bevorzugt wurde. Unbeschadet dieser schwächenden Spaltung waren alle seit Jahren in der Vorbereitung des Umsturzes einig. Berücksichtigt man die allgemeine Weltkrise, so konnte die wirtschaftliche Lage der asturischen Arbeiter nicht als besonders ungünstig bezeichnet werden. Aber geistig waren sie sehr wenig geschult, so daß sie fast wehrlos Führern zufielen, die sich meistens selber nur ein Chaos oberflächlicher Gedanken angelesen hatten. Immer wieder wurde den Massen durch Überredung von Mann zu Mann wie durch Zeitungen und Versammlungen eingehämmert, die jetzige Gesellschaftsordnung mit ihrer gesamten Geisteskultur sei die Ursache aller Übel und müsse deshalb vollständig vernichtet werden, bevor nach dem Beispiel Rußlands ein dem Arbeiter gerecht werdender Staat aufgebaut werden könne. Aus diesem Grunde wurden beim Aufstand sofort Kirchen und Kasernen, Schulen und Bibliotheken zerstört, Priester und Sicherheitsbeamte schonungslos hingemordet. Die Führer der Revolution erlagen in keinem Augenblick des Verlaufes dem Wahn, sie hätten einen vollen Erfolg errungen, aber die unbedingte Gewißheit eines restlosen Sieges war von ihnen den Massen und den Trägern der alten Ordnung so oft mit schäumender Begeisterung verkündet worden, daß sie selber in schwere Gefahr geraten wären, wenn sie den Aufstand verschoben oder sein Scheitern nicht bis zum letzten Augenblick des Kampfes verheimlicht hätten. Trotz der langen Vorbereitungen der Revolution war die bürgerliche Gesellschaft sich im allgemeinen der Größe des drohenden Unheils nicht bewußt geworden; zwei Tage nach dem Ausbruch der Kämpfe hatte die Regierung noch keine nennenswerte Truppenmacht in Gijón zusam-

mengen, und den Soldaten fehlte es an Munition, während die Auführer sich längst sogar mit schweren Waffen und Sprengstoffen reichlich versehen hatten.

Aus wesentlich andern Gründen war es in Jugoslawien zu der furchtbaren Spannung gekommen, die sich am 9. Oktober 1934 in dem Verbrechen des Königmordes entlud. „Heute sind es die einstigen Freunde und Mitarbeiter des Königs selbst“, wurde der „Frankfurter Zeitung“ (16. Dezember 1934, Reichsausgabe) von einem Kenner der Verhältnisse geschrieben, „die die Regentschaft auf die Unhaltbarkeit der Lage aufmerksam machen und schleunige Abhilfe verlangen“. In einer von Agram ausgehenden Denkschrift, die nicht nur von zwei katholischen Erzbischöfen, sondern auch von vier ehemaligen Ministern der Diktatur, vom Rektor und von mehreren Professoren der Agramer Universität und andern hohen Beamten unterzeichnet sei, werde festgestellt, daß „die überwiegende Mehrheit des Volkes den heutigen Zustand nicht will“, daß auch von untergeordneten Beamten die Gesetze in einer Weise ausgelegt werden, „die sehr häufig äußersten Mißbrauch und Bruch des Gesetzes bedeutet“, und daß die Tätigkeit des Staatsgerichtshofes den Eindruck hervorruft, „als ob der Staat nur Staatsfeinde hervorbringe, während in Wirklichkeit die ungesetzlichen Zustände Gegner dieser Zustände hervorbringen“. Diese Denkschrift werde durch eine zweite aus Belgrad unterstützt, in der es heiße, es sei „die schwere, aber ehrenvolle Pflicht der königlichen Regenten, ein Regime zu sichern, das, auf die Vereinigung der Volkskräfte und auf das Vertrauen des ganzen Volkes gestützt, das Land aus der Krise herausführt“. — Daß die Regierung dieses Verlangen erfüllen will, hat sie kurz darauf durch die Befreiung des gefangenen kroatischen Bauernführers Dr. Matschek bewiesen.

Die nicht nur für Europa bedrohliche Kriegsgefahr, die wegen zahlreicher Bündnisverflechtungen in der ohnehin schwierigen weltpolitischen Lage aus der Bluttat von Marseille emporzuwachsen schien, ist vor allem durch die Tätigkeit des Völkerbundes beschworen worden, von dem kurz vor dem Attentat der Hauptschriftleiter des „Berliner Tageblattes“ (Nr. 462, 30. September 1934) gesagt hatte, „als Kläranlage für diplomatische Angelegenheiten“ leiste er trotz mancher Mängel „doch Erhebliches“. Durch persönliche Begegnung der Staatsmänner in Genf werde sicherer und mit mehr „Zwang zur Entscheidung“ festgestellt, worauf es dem andern ankommt, und jeder betrachte aus der Ferne etwas nüchtern die oft zu wenig gehemmten heimatlichen Wünsche. — In der Tat waren die — auch jetzt noch keineswegs beruhigten — Völker von nüchtern Sachlichkeit so weit entfernt, daß Lloyd George am Vorabend des Attentates in einer Londoner Rede die heutige Welt mit einem „Dschungel“ verglich, „in dem die Völker, auf der Lauer liegend, sich gegenseitig anfauchen und einander die Zähne zeigen. Jeden Augenblick könne eine mißverstandene Gebärde oder ein mißverstandenes Übereinkommen sie dazu bringen, daß sie sich gegenseitig erneut an die Kehlen sprängen, um einander zu zerfleischen“ („Frankfurter Zeitung“, 10. Oktober 1934, Reichsausgabe).

Obwohl das unmittelbare Bevorstehen eines Krieges von guten Kennern in Abrede gestellt wurde, fuhren mit Recht viele Staaten innerhalb wie außerhalb des Völkerbundes fort, den Mißbräuchen des privaten Waffenhandels erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Anlässlich der Aufsehen erregenden Enthüllungen der Untersuchungskommission des nordamerikanischen Senators Nye schrieb Pierre Cot, ehemals französischer Minister für Luftfahrt, im Londoner „Spectator“ (14. Dezember 1934, S. 917 f.), die schon früher von ihm verlangte Verstaatlichung der Waffenfabriken sei aus steuerpolitischen, militärischen und sittlichen Gründen notwendig. Im Jahre 1933 hätten Erhebungen des französischen Finanzministeriums erwiesen, daß die Übernahme der privaten Waffenfabriken durch den Staat für die Steuerzahler vorteilhaft sei. Der Einwand, in einem Kriege lasse sich der plötzlich anschwellende Bedarf ohne die Privatindustrie nicht rasch genug decken, übersehe die Tatsache, daß jeder staatlichen Waffenfabrik nach einem bereits im Frieden aufgestellten Plan eine Gruppe von Privatunternehmungen zugeordnet werde, deren Betriebe zur Lieferung von Rohstoffen und Halbfabrikaten geeignet seien. Man habe auf diese Weise bei gutem Willen die Möglichkeit, nur den Staatsfabriken die zur Herstellung von fertigen Waffen und fertiger Munition erforderlichen besondern Einrichtungen und besonders geschulten Arbeiter zu gestatten.

Weil in unsern überall kampfdurchobten Zeiten die Klarheit der Begriffe leicht verloren geht, ist beachtenswert, was Dr. Georg Keferstein im „Berliner Tageblatt“ (Nr. 486, 14. Oktober 1934) über den Bürger bemerkte. Man solle sich an die Worte des Reichskanzlers (in seinem Gespräch mit Hanns Johst, Velhagen und Klasings Monatshefte, September 1933) halten, der nicht dulden wolle, „daß der richtig erfaßte und wesentlich verstandene Begriff des Bürgers verunziert wird“. Auf die Dauer werde man mit einem freilich vom Bürger mitverschuldeten Zerrbild, das ihn „als staats- und volksfremden Spießer“ darstelle, nicht auskommen. Die „echten, historischen Qualitäten bürgerlichen Menschentums“ habe am 18. Januar 1933 Rudolf Smend bei der Reichsgründungsfeier der Universität Berlin geschildert. Von der Entartung des „sekuritätslüsternen und staatsfremden Bourgeois“ sei der echte Bürger sehr verschieden: er wisse jetzt wie früher „um die völlige Bedrohtheit menschlichen Seins“, aber er flüchte „vor diesem Wissen nicht in eine Haltung völliger Angst“, sondern er lebe in einem „nüchternen Heroismus“.

Auch Portugal ist ein Beweis für die Vereinbarkeit eines wahren Heroismus mit Eigenschaften, die oft allzu vorschnell als Zeichen unheldischer Gesinnung angesehen werden. Im Gegensatz zum dramatisch kämpfenden Spanier hat sich der Portugiese von jeher als unbesorgten Lyriker angesehen. Und wie reich an Heldenataten ist trotzdem die Geschichte der großen kolonialen Unternehmungen dieses kleinen Volkes! Gerade jetzt scheint es aus dieser lang verblichenen Herrlichkeit neue Kraft zu ziehen. So wurde aus Lissabon den „Basler Nachrichten“ (Nr. 347, 19. Dezember 1934) geschrieben: „Mit großer Energie und nicht ohne Erfolg hat Portugal das Verhältnis zu den Kolonien gefestigt. Das Kolonialreich in Afrika,

neben dem die spärlichen Reste der einstigen Machtstellung in Asien kaum ins Gewicht fallen, wird eigentlich erst heute zum Gegenstand zielbewußter Durchdringung. Vor allem sind seit Jahren ernsthafte Versuche im Gange, durch den Ausbau eines ausgezeichneten modernen Straßennetzes die Erschließung dieser bisher völlig vernachlässigten Besitzungen zu beschleunigen. Die Aufgabe ist nicht leicht und stellt ein kapitalarmes Land vor besonders schwierige Probleme; man darf nicht vergessen, daß den knapp 6 Millionen Einwohnern Portugals an die 20 Millionen Untertanen in Afrika und Asien entsprechen, daß aber im Gegensatz zum kapitalreichen und hochindustrialisierten Holland die Voraussetzungen einer Kolonialpolitik auf lange Sicht in Portugal eigentlich kaum vorhanden sind. Trotzdem hat man heute die Projekte eines Verkaufs der ganzen Besitzungen oder einzelner Teile an England, die nach dem Kriege erwogen worden sind, völlig fallen gelassen; die jüngst geschlossene Kolonialausstellung in Oporto hat die vorerst noch vage Idee einer portugiesischen Empirepolitik zumindest propagandistisch weiten Kreisen nahegebracht.“ — Vielleicht hätte dieser Lissaboner Korrespondent mit größerer Zuversicht von der äußern und innern Erneuerung Portugals gesprochen, wenn er nach den Wahlen vom 16. Dezember 1934 geschrieben hätte. Denn da bekannten sich, obwohl Werbung für andere Parteien nicht verboten war, vier Fünftel des Volkes zur Regierungspartei der „Nationalen Union“, durch die seit langem der katholische Ministerpräsident Antonio de Oliveira Salazar das katholische Portugal zu einer „Politik des Geistes“ aufruft.

Überhaupt sollten die auch anderswo noch keineswegs zur Geringfügigkeit herabgesunkenen geistigen und christlichen Mächte der Gegenwart jedem eine Warnung vor der Behauptung allgemeiner Entchristlichung des öffentlichen Lebens sein, zu der manche sich von neuem durch Werner Sombarts erfolgreiches Buch vom „Deutschen Sozialismus“ (Charlottenburg 1934) haben hinreißen lassen. Gewiß wird man mit Sombart (S. 32) sagen dürfen, daß für den Menschen „die Zerstörung seines Gottesglaubens und damit die Lösung seines Daseins von allen transzendenten Beziehungen“ der „schwerste Schlag“ ist, aber man wird sich vor der gefährlichen Täuschung hüten müssen, als ob diese schlimmste Verdieselbigung bereits das hervorstechende Merkmal des abendländischen Menschen wäre. Und gewiß verdient es Beachtung, daß der nationalsozialistische Professor Dr. Witte als „Deutscher Christ“ auf der internationalen Protestantentagung im holländischen Hemmen erklärte: „Machtgier und Geldgier beherrschen das Leben aller Völker der Erde, aber nicht der Geist Christi. Das müssen wir unsren Völkern sagen, auf die Gefahr, großes Ärgernis zu geben. Denn dazu hat uns Christus berufen, daß wir Zeuge seien, auch gegen unser eigenes Volk und seine Großen“ („Protestantische Rundschau“, Oktober 1934, S. 276). Aber man wird nicht vergessen, daß ernste Mahner seit vielen Jahrhunderten diese Sprache führen, und daß sie früher so gut der Einschränkung bedurfte wie heute. In dem von Professor Friedrich Schneider mit hingebender Sachkenntnis herausgegebenen „Deutschen Dantejahrbuch“ (16.

Band, Weimar 1934, Böhlaus) wird von Alfred Doren, dem Leipziger Professor der Wirtschaftsgeschichte, daran erinnert (S. 101), daß schon Dante die damals „neue Zeit“ bekämpfte, „in der kapitalistisches Gewinnstreben und die Sucht nach irdischem Genießen die Seelen der Menschen beherrschen und umformen und sein ‚bel ovile‘ verderben sollten.“ Deshalb floh der Dichter schmerzvoll zornig jenes Massengetriebe, „das die Menschen von ihren wahren, echten, ewigen Zielen weg zu vergänglichen und nützlichen führen müsse in einer Welt, wo, wie es in der Ansprache seines Ahns im 17. Paradiesesgesang heißt, tagtäglich Christus verhandelt wird“. Dante hat mit vielen Gegenwartspredigern auch das gemein, daß er, wie Doren hinzufügt, neben dem Unheilvollen das Gesunde nicht sah; „alles schien ihm vielmehr denkbar krankhaft, dekadent und verworren, Wirtschaft wie Politik ein ewig unruhiges, sinnloses Hin und Her.“

Einseitigkeit läßt sich der Berner Professor Gonzague de Reynold gewiß nicht zu schulden kommen, wenn er in seinem Buche „Die Tragik Europas“ (deutsch von W. Großenbacher, Luzern 1935, Verlag Vita Nova) die Spannungen der Gegenwart aus der Revolution des 18. Jahrhunderts ableitet und in einer vom Gottesgedanken beherrschten Neuordnung versöhnen will. Ein Deutscher würde sich ja bei weitem nicht alle kulturphilosophischen Gedanken der leicht und gehaltvoll dahinfließenden Kapitel zu eigen machen, aber auch er würde wohl als Beweis eines nicht alltäglichen Bemühens um sorgfältige Abwägung von Gegensätzen gelten lassen, was hier ein katholischer Roman über den Bolschewismus schreibt: „Es steckt in der russischen Revolution nicht nur die marxistische Lehre, sondern es finden sich darin auch Erfahrungen, Erfolge und Werte, die wir heute nur schlecht oder vielleicht gar nicht kennen, die aber wie Keime wirken werden. Es lebt in ihr ein durch Erziehung geprägter Geisteszustand, der sich unter andern, der marxistischen Doktrin völlig entgegengesetzten Formen weiterverbreiten wird. Es werden Ruinen übrig bleiben, die man kaum mehr aufbauen wird, und deren größte nicht materieller Art sind (S. 223). . . . Wer weiß, ob nicht eines Tages das geheimnisvolle Rußland, in dem sich eine unbekannte Zukunft vorbereitet, der heilige Ort sein wird, an dem sich die Einheit des Christentums neu bildet? Joseph de Maistre hat dies vorausgesagt, und ich flüchte mich hinter diesen großen Namen, um nicht den Anschein eines Propheten zu erwecken“ (S. 457).

Reife Abgewogenheit, besonders in der Entwirrung psychologischer Fragen, kennzeichnet ebenfalls die „Vier Essays über die Führung einer Nation“, die Hermann Oncken unter dem Titel „Cromwell“ (Berlin 1935, Grote) vereinigt hat, weil sie eine Deutung des Lordprotektors sind, der sich und England von Gott zur Protestantisierung der Welt berufen glaubte. Weniger glücklich als in der geschichtlichen Gestaltung ist Oncken in der staatsphilosophischen Beurteilung, wenn er sagt (S. 69): „Auch der christliche Staatsmann ist darauf angewiesen, die von ihm verfolgten Ziele und die dafür verwandten Mittel — Kriegserklärungen und Friedensschlüsse, Bündnisse und Eroberungen — den Weltumständen anzupassen, von denen er sich umgeben sieht. Er wird daher auch vor Mit-

teln nicht zurückschrecken, die nicht ohne weiteres mit der religiösen Forderung in Einklang zu bringen sind.“ Soweit man Cromwell diese „machiavellistische Denkweise“, diese Art von „Staatsraison im englischen Gewande“ (S. 60) zuschreibt, kann man ihn nicht als „christlichen Staatsmann“ bezeichnen; denn auch als Staatsmann steht der Christ unter dem Gebote, auf den Gebrauch von Mitteln, die der „religiösen Forderung“, also dem Willen Gottes, widersprechen, unter allen Umständen zu verzichten. Cromwell mag sich über die Tragweite dieses Grundsatzes getäuscht haben, aber dadurch wird an der Tatsache, daß Christentum und Machiavellismus unvereinbar sind, nichts geändert.

Einen, der in vollem Einklang mit dem Christentum Staat und Gesellschaft von heute aufbauen wollte, den Erwecker des berufständischen Gedankens, den Grafen René de la Tour du Pin, hat man in Deutschland so sehr vergessen, daß in soziologischen Büchern, die sich mit dem päpstlichen Rundschreiben „Quadragesimo anno“ oder mit den neuen Korporativstaaten beschäftigen, kaum sein Name genannt wird. Und doch ist er 1870 nach dem Falle von Metz in der Kriegsgefangenschaft zu Aachen mit dem gleichgesinnten Grafen Albert de Mun durch den deutschen Jesuiten Eck und den späteren Zentrumsabgeordneten Dr. Lingens für katholisch beseelte soziale Tätigkeit begeistert worden. Seine heute prophetisch anmutenden, zu verschiedenen Zeiten gegebenen Anregungen zur ständischen Ordnung sind in seinen Büchern „Vers un ordre social chrétien“ (1907) und „Aphorismes de politique sociale“ (1909) vereinigt worden (bei Beauchesne in Paris). Erst 1924 ist er im Alter von neunzig Jahren gestorben. Eine sehr ausführliche Übersicht seines Lebens und seiner Anschauungen sowie der ausgedehnten Literatur über ihn findet man in der Pariser „Documentation catholique“ (Nr. 719, 13. Oktober 1934, Sp. 515—582).

IV.

Da die wissenschaftliche Zuverlässigkeit auf allen Gebieten durch hochgehende Zeitströmungen verschiedenster Art bedroht ist, hob das „Berliner Tageblatt“ (Nr. 546, 18. November 1934) mit Recht die Warnung hervor, die Staatssekretär Dr. Freiße als Geleitwort einem Kommentar zur Justizausbildungsordnung des Reiches mitgegeben hat: „Es darf nicht dazu kommen, daß der Glaube auftaucht, gediegenes Wissen könne ersetzt werden durch allgemeine Ideen; denn diese werden, wenn sie nicht von gediegenem Wissen getragen werden, sehr bald und sehr leicht abgelöst durch die Phrase. Es bedeutet eine schwere Gefahr jeder großen Geisteserneuerung, daß in der Vorstellung einzelner die hohe Idee fast unmerklich steigend ersetzt wird durch die Phrase.“ Mit diesen Gedanken berührt sich ein Bericht der „Frankfurter Zeitung“ (2. November 1934, Reichsausgabe) von der Trierer Philologentagung, wo der Hallische Privatdozent Lintzel in der Fachgruppe Geschichte erklärte, „daß eine einseitige Auffassung der Persönlichkeit Karls des Großen als eines ‚Sachsen-schlächters‘ oder ‚Internationalisten‘ abgelehnt werden müsse. Man dürfe nicht den Sachsenherzog Widukind gegen Karl den Großen ausspielen oder

umgekehrt; vielmehr habe die objektive Forschung das wechselseitige Verhältnis Karl—Widukind im Sinn eines Sowohl-als-auch zu werten. Es offenbare sich in ihm eine Zweiheit deutschen Wesens, die immer bestehen bleiben werde. Karl habe als Kaiser die deutschen Stämme geeint, und das gegenwärtige deutsche Volk sei wesentlich seine Schöpfung. Im Anschluß an die Forderung Lintzels, die objektive Wissenschaft müsse erhalten werden, weil sonst romanhafte Umdeutungen an die Stelle der Geschichte treten würden, ergab sich eine leidenschaftliche Diskussion, die von Ministerialrat Benze (Berlin), dem Reichsfachschaftsleiter des Nationalsozialistischen Lehrerbundes, geleitet wurde. Ein Teil der Diskussionsredner suchte die Forderung einer objektiven Wissenschaft anzugreifen und ihr gegenüber als neue Haltung die politische Subjektivität herauszu stellen. Die Ausführungen Lintzels wurden jedoch von der Mehrheit der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen.“

Genau genommen stehen sich in diesem Streite ja nicht Objektivität und Subjektivität gegenüber, sondern Wille zur Objektivität und Wille zur Subjektivität; aber wer sich ernst bemüht, objektiv zu sein, wird der Objektivität und damit der Wahrheitserkenntnis, die das eigentliche Ziel aller Wissenschaft bleiben muß, selbstverständlich näher kommen, als wer von vornherein absichtlich subjektiv ist. Insofern ist die Abgrenzung des Wertes der Systematik gegen den der Geschichte, wie sie für die Pädagogik von dem Münsterischen Privatdozenten Hans Brunnengräber vollzogen wird, von allgemeiner Bedeutung. In dem von Joseph Schröter S. J. herausgegebenen Werk „Pädagogik der nicht-christlichen Kulturvölker“ (Handbuch der Erziehungswissenschaft V 1, München 1934, Kösel), das die Naturvölker, die Hochkulturen Asiens und die vorchristlichen Germanen, Griechen und Römer umfaßt, schreibt Brunnengräber in seiner methodologischen Grundlegung (S. 21), die historische Erziehungswissenschaft sei ebenso wichtig wie die systematische. „Diese umfaßt im Grunde genommen auch nichts anderes als den Wahrheitsbesitz und das Problembewußtsein in einer Gegenwärtigkeit, die jene in ihrer Erstreckung aus der Vergangenheit in die Gegenwart aufzusuchen hat — als ‚paedagogia perennis‘. Ihre Erschließung aus der Vergangenheit bedeutet einen weiteren Fortschritt der pädagogischen Systematik, der bedingt, daß auch die Geschichte der Pädagogik immer aufs neue in Angriff genommen werden muß. In demselben Maße aber, wie vonseiten der pädagogischen Praxis die technologische Überschätzung der pädagogischen Theorie, und zwar meistens nur einer Gegenwart, überwunden wird, in demselben Maße wird auch die weithin herrschende Unterschätzung der historischen Erziehungswissenschaft sich überwinden lassen.“

Bedeutend unterschätzt wird noch sehr oft das Bildungswesen, das die Spanier vom 16. bis 18. Jahrhundert geschaffen haben. Aus den genau belegten Einzelausführungen, die Constantino Bayle S. J. in seinem Buche „España y la educación popular en América“ (Madrid 1934, Coello) macht, ergibt sich die für viele überraschende Tatsache, daß in jenen Zeiten die Volksschulbildung bei den Indianern von Kalifornien bis weit in Südamerika hinein mehr Pflegestätten hatte als bei den Weißen

des angelsächsischen Nordamerikas und sogar Südfrankreichs und Mitteldeutschlands (S. 382 ff.). Wie stark dabei die Kulturtätigkeit deutscher Missionare beteiligt gewesen ist, sieht man aus einem Aufsatze des Berliner Professors Otto Quelle in dem von ihm geleiteten „Ibero-Amerikanischen Archiv“ (Oktober 1934, S. 260 ff.). Schon die von Quelle angeführte Literatur beweist freilich, daß die dem „Jesuitenstaat Paraguay“ ähnlichen Reduktionen, die von Jesuiten wie Kapuzinern in andern Teilen Südamerikas eingerichtet wurden, der Geschichtsforschung nicht entgangen sind, und in dem Buche „Deutsche Jesuitenmissionare des 17. und 18. Jahrhunderts“ (Freiburg 1899) hat Anton Huonder S. J. bereits weitreichende, noch zu wenig verwertete Grundlagen zu dem Gesamturteil geliefert, mit dem Quelle schließt: „Überblickt man die Tätigkeit dieser deutschen Missionare an so vielen Stellen Südamerikas in der Zeit von 1660—1770, so haben wir es hier mit der größten Kulturleistung der Deutschen in Südamerika im 17. und 18. Jahrhundert zu tun. Da ungefähr in derselben Zeit aber deutsche Missionare in Mexiko, in Ostafrika, in Vorderasien, Südasien, Südostasien, ja selbst auf den Marianen und Karolinen wirkten, so ist diese Südamerika-Arbeit der deutschen Missionare nur ein Glied in der Kette der weltumspannenden Arbeit, durch die zum ersten Male deutsche Kultur über die ganze Erde hinweg verbreitet wurde.“

Die Philosophie der deutschen Kultur und zumal die deutsche Philosophie der Kultur überhaupt soll der Gegenstand der „Neuen Folge des Logos“ sein, die als „Zeitschrift für deutsche Kulturphilosophie“ von Hermann Glockner und Karl Larenz herausgegeben wird (Tübingen, Mohr). Auf dem Titelblatt werden außer Philosophen auch Dichter und Geschichtsforscher als Mitwirkende genannt; dabei fehlt, obwohl „Bindung an eine philosophische Schule“ abgelehnt wird (S. 2), die Scholastik. Aber gerade ihre deutschen Anhänger sehen gerne, daß Glockner am Schlusse seines einführenden Aufsatzes erklärt: „Wir kämpfen gegen den philosophischen Journalismus, der sich mit nichts Zeit läßt, weil er keine Zeit hat. Wir versuchen seine flunkerhaften Schlagworte durch körnigen Ernst zu ersetzen.“

Der kurzsichtigen Ungeduld, die auch andere Gebiete des Kulturbetriebes gefährdet, setzte der Propagandaminister Dr. Goebbels bei der Feier des einjährigen Bestehens der Reichskulturrkammer die Worte entgegen („Völkischer Beobachter“ Nr. 341, 7. Dezember 1934): „Wir haben keine Berge versetzt und keine Wunder gewirkt; aber was nach menschlichem Ermessen erwartet werden konnte, das haben wir erreicht.“ Über „die Sorgen“, die „uns bewegen“, sagte der Minister: „Auf dem Gebiete der Musik und Oper gilt es, den Spielplan zu aktualisieren und ihn durch Qualitätswerke junger, moderner Musiker zu bereichern.... Das selbe gilt für die bildende Kunst, die ja am meisten unter Experimentalkunststücken zu leiden hatte.... Dem Theater fehlen noch in weitem Maße die Dichter der Zeit, die sich gewachsen fühlen, die großen tragischen Spannungen unserer Epoche für die Bühne zu gestalten.... Das Schrifttum leidet immer noch an den letzten Auswirkungen einer ver-

ächtlichen Konjunkturliteratur, deren schäbigste Erscheinungen wir allerdings schon beseitigt haben. Diesen patriotischen Schund zu überwinden und an seine Stelle die wirklich gekonnte Darstellung der großen nationalen Lebensimpulse unserer Zeit vorrücken zu lassen, ist das Gebot der Stunde.... Der R u n d f u n k leidet an ewigen Programmsorgen.... Darunter senkt sich manchmal das Niveau, anderseits aber sind vielfach auch die Ansprüche, die man an dieses modernste Institut der öffentlichen Meinung stellt, zu hoch gesteckt.... Der F i l m ist vielfach auf ein Niveau herabgesunken, das künstlerisch gar nicht mehr diskutiert werden kann....“

Nützliche Einblicke in den Betrieb der bolschewistischen Literatur vermittelt die „*Nouvelle revue française*“ (November 1934, S. 721 ff.) durch eine umfangreiche Auslese aus Reden des russischen Schriftstellerkongresses, der im letzten Sommer in Moskau gehalten wurde. „Wo sieht man“, fragte Karl Radek, „bei einem Schriftstellerkongreß dichte Menschenmengen ganze Tage draußen warten, um eine Eintrittskarte zu erhalten? Was bedeutet das? Das bedeutet, daß bei uns die Massen eine große Literatur verlangen. Und sie wird uns gelingen, wie uns anderes gelungen ist.“ Maxim Gorki verlangte einen Schriftstellerbund, der „die jungen Schriftsteller organisiert, ihre Kräfte auf die verschiedensten Arbeitsgebiete verteilt und sie die Arbeit mit Stoffen der Vergangenheit und der Gegenwart lehrt“. Dagegen betonte Ilja Ehrenburg, eine literarische Schöpfung sei ganz persönlich, und er sei überzeugt, „daß in unserer Literaturgeschichte die literarischen Brigaden einst als malerische, aber vorübergehende Erscheinung unserer Jugendjahre stehen werden“. Wsewolod Iwanow antwortete darauf: „Ich kann versichern, daß die Tage, in denen ich in einer der Brigaden arbeitete, die beauftragt waren, die Geschichte des Kanals zum Weißen Meer zu schreiben, zu den besten meines schriftstellerischen Lebens gehört haben und gehören werden.“ Ein Pioniermädchen von vierzehn Jahren fragte den Kongreß: „Habt Ihr vielleicht das kleine Buch ‚Die Stülpnasen‘ gelesen? Das haben wir Pioniere verfaßt, ohne Schriftsteller zu sein. Wir haben in Irkutsk an der Sechsten zehnklassigen Schule einen literarischen Zirkel, und eines Tages beschlossen wir, unser Leben zu schreiben. Dieses Buch machen wir euch hiermit zum Geschenk.“ Bucharin erklärte: „In unserer entstehenden sozialistischen Gesellschaft verschwindet allmählich der Unterschied zwischen Handarbeit und Kopfarbeit. Es bildet sich ein neuer Menschen- schlag, in dem Verstand und Willen eins werden. Dieser neue Mensch will die Welt nur erkennen, um sie zu verändern. Bloße Betrachtung oder Beschreibung dessen, was ist, hält er für veraltet.“ Der lyrisch feine Pasternak widersprach für seine Person dem Parteigebote, den Massen nahezu bleiben. „Ich halte mich an den Grundsatz, die Persönlichkeit nie dem Erfolge zu opfern.“ Daher warnte er vor der Gefahr, sich von Volk und Staat umschmeicheln zu lassen, forderte aber zugleich „eine tätige Liebe zum Vaterland und zu seinen großen Menschen“.